

DIGITALISIERUNG



Systeme mit künstlicher Intelligenz kommen in allen Bereichen der Landwirtschaft immer mehr zum Einsatz.

Gigabit am Hof

Still und heimlich findet in der Landwirtschaft gerade eine digitale Revolution statt. Auf den Äckern und in den Ställen halten immer mehr Systeme mit künstlicher Intelligenz Einzug. Eine Herausforderung wird es, diese allen Bauern zur Verfügung zu stellen.

Das Thema Digitalisierung der Landwirtschaft wird die nächsten Jahre prägen“, meinte der zuständige Minister Norbert Totschnig bei einem Hintergrundgespräch im Ministerium am Wiener Stubenring. Stall, Feld, Werkstatt und Direktvermarktung werden sich mit der künstlichen Intelligenz verändern. „Ein wesentlicher Teil der Verwaltung, Buchhaltung und Förderantragstellung findet auf den meisten Höfen bereits digital statt“, machte Totschnig eine Bestandsanalyse. „Nun müssen wir ein Umfeld schaffen, damit die Digitalisierung und die damit einhergehenden größeren Verän-

VON STEFAN NIMMERVOLL

derungen bei der täglichen Arbeit erfolgreich umgesetzt werden können.“ KI-getriebene Systeme seien eine Chance für die Landwirtschaft. Die Nutzung derselben müsse aber auch in der kleinstrukturierten österreichischen Landwirtschaft möglich sein.

Damit das möglich wird, braucht es eine vernünftige Netzabdeckung im gesamten Bundesgebiet. „Wir wollen eine gute Infrastruktur in Form mobiler und stationärer Breitbandversorgung zur Verfügung stellen“, sagte der Staatssekretär für Digitalisierung, Florian Tursky. Dies sei entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit für die ländlichen Regionen. „Am Anfang meiner Tätigkeit war ich mir nicht sicher, wie eng die Landwirtschaft damit verknüpft ist, bis der Hauptvortrag einer Konferenz von einem Vertreter von John Deere gehalten wurde“, berichtete Tursky. Ziel der Bundesregierung sei es, ganz Österreich bis 2030 Gigabitfähig zu machen. Derzeit trifft das auf 62 Prozent aller Haushalte zu. Wie hoch der Wert bei den oftmals entlegenen Bauernhöfen ist, wird aber nicht erhoben. Tursky wies auf eine 75-prozentige Förderung hin, wenn sich Betriebe anschließen wollen. Gedeckelt sind die Kosten dabei bei 50.000 Euro.

Zusätzliches Wissen zum Einsatz von digitalen Werkzeugen auch im benachteiligten Gebiet soll über das Projekt „Agri-foodTEF“ hereinkommen. Dieses ist ein Netzwerk von Testzentren in Europa, das Unternehmen und Start-ups aus dem Agrar- und Lebensmittelsektor bei der Produktentwicklung von KI- und Robotik-Lösungen unterstützt. Umgesetzt wird dieses von einem Konsortium, in dem aus Österreich die Josephinum Research aus Wieselburg, die Fachhochschule Wiener Neustadt und die Raumberg-Gumpenstein Research & Development beteiligt sind. „Wir wollen gemeinsame digitale Datenräume schaffen“, erläuterte Heinrich Prankl von der Josephinum Research.

Der Zuschlag für die Einreichung bringe die Chance, deren Tauglichkeit für heimische Höfe auszutesten. Unter Realbedingungen können hoffnungsfrohe Konzepte so zur Marktreife geführt werden.

Anwendungsbereiche

Der Projektverantwortliche Peter Riegler-Nurscher nannte mögliche Anwendungsbeispiele wie eine zielgerichtete Bewässerung, den Einsatz eines Hackroboters oder das sogenannte Spotspraying, bei dem eine Kamera das Unkraut erkennt und nur dort die Düse des Pflanzenschutzgerätes öffnet.

„Ein weiteres interessantes Gebiet ist das Kuhtracking, bei dem Einzeltiere im Gelände aufgespürt werden können. Da ist es wichtig, mit physischen Tests Daten zu sammeln und eine kostengünstige Zertifizierung zu ermöglichen.“ Österreich sei dafür prädestiniert, hier Systeme für den alpinen Bereich auszuprobieren. Das Gesamtvolumen des Projektes beläuft sich auf 60 Mio. Euro in acht Ländern. In Österreich werden fünf Mio. Euro durch die Forschungsförderungsgesellschaft kofinanziert. „Letztendlich wollen wir bessere Produkte für unsere Bauern auf den Markt bringen“, so Riegler-Nurscher.

POLITIK

Position festgelegt

Das EU-Parlament hat das viel diskutierte Renaturierungsgesetz angenommen.

Im Juni 2022 hat die EU-Kommission eine Verordnung über die Wiederherstellung der Natur vorgeschlagen. Ziel des sogenannten Renaturierungsgesetzes ist es, „zur langfristigen Erholung der geschädigten Natur in den Land- und Meeresgebieten der EU beizutragen und die Klima- und Biodiversitätsziele der EU zu erreichen“. Bis 2030 sollen für mindestens 20 Prozent der Land- und Meeresgebiete der EU Wiederherstellungsmaßnahmen – dazu zählen zum Beispiel Renaturierung, Wiederaufforstung, Begrünung von Städten oder Beseitigung von Umweltbelastungen – durchgeführt und diese bis 2050 auf alle sanierungsbedürftigen Ökosysteme ausgedehnt werden. Die enthaltenen Vorschläge der Kommission sorgten für rege Diskussionen.

Etwas mehr als ein Jahr später hat nun das EU-Parlament das Gesetz mit 336 Ja-Stimmen, 300 Gegenstimmen und 13 Enthaltungen angenommen. Im nächsten Schritt wird im sogenannten Trilogverfahren zwischen Parlament, Rat und Kommission über die endgültige Ausgestaltung des Gesetzes verhandelt.

Seitens der EU-Abgeordneten wird betont, dass die Wiederherstellung der Ökosysteme der Schlüssel zur Bekämpfung des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt ist und die Risiken für die Ernährungssicherheit verringert. Außerdem schreibt der Gesetzesentwurf weder die Schaffung neuer Schutzgebiete in der EU vor, noch werde der Ausbau erneuerbarer Energien behindert.

Das Gesetz soll laut Parlament erst dann zur Anwendung kommen, wenn die Kommission Daten zur Gewährleistung der langfristigen Ernährungssicherheit vorlegt und die notwendigen, wiederherzustellenden Flächen von den EU-Ländern quantifiziert wurden. Das Parlament sieht auch die Möglichkeit vor, die Zielvorgaben „bei außergewöhnlichen sozioökonomischen Auswirkungen“ zu verschieben.

Laut Umweltministerin Leonore Gewessler sei das Ergebnis ein wichtiger Schritt zum Schutz der Umwelt: „Es sorgt dafür, dass wir der Natur wieder Platz zum Entfalten zurückgeben und darauf achten, dass wir nicht immer mehr Flächen zerstören und zubetonieren“, schreibt sie auf Twitter.

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig kritisierte kürzlich im Ö1-Morgenjournal die Ziele der EU-Kommission als „überschießend“ und „unrealistisch“. Er forderte, „die Konsequenzen für die Bauern zu beurteilen“. Das Gesetz sehe weniger Fläche für die landwirtschaftliche Produktion vor, was auch weniger Versorgungssicherheit und mehr Abhängigkeit bedeute. Es seien bei dem Vorhaben noch viele Fragen offen: Geht es um die Rechte der Grundeigentümer, die Finanzierung oder die Quantifizierung der Fläche?

Ähnlich sieht das auch Robert Pichler, Leitung Wirtschafts-, Agrar- und Europafragen im Österreichischen Raiffeisenverband: „Bei den anstehenden Verhandlungen wird es notwendig sein, eine Balance zwischen der angestrebten Verbesserung des Zustandes von Ökosystemen sowie der Sicherstellung der Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung herzustellen. Denn ein UN-Nachhaltigkeitsziel (SDG2) ist es, Hunger zu beenden, Ernährung sicherzustellen, hochwertigere Nahrung zu produzieren und nachhaltige Landwirtschaft zu fördern. Wenn europäische Produktionsflächen nicht mehr genutzt werden dürften, bedeutet dies nicht nur einen Eingriff in Eigentum, sondern auch eine Reduktion bzw. eine Verlagerung der Lebensmittelproduktion in andere Regionen der Welt.“ bla/apa

RÜBENANBAU

Gut informiert

Agrana lud Landwirte zum Zuckerrüben-Feldtag.

Rund 600 Landwirte informierten sich beim Agrana-Zuckerrübenfeldtag über aktuelle Techniken rund um den Zuckerrübenanbau, die richtige Sortenwahl sowie über die Pflanzenschutzmöglichkeiten im Rübenanbau ohne Neonicotinoide. Für den Feldtag wurde ein Schau Feld mit allen gängigen Zuckerrübensorten sowie einem Insektizidversuch angelegt. Im Bereich der Zuckerrübentechnik wurden die aktuellen Maschinen vom Anbau über die Pflege bis hin zur Ernte ausgestellt. Kameragesteuerte Hackgeräte und -roboter von unterschiedlichen Herstellern wurden live am Feld vorgeführt.

In Vorträgen und Gesprächen mit den Landwirten diskutierten Experten aus Industrie und Landwirtschaft die schwierigen Rahmenbedingungen im Rübenanbau, insbesondere durch die größeren werdenden Restriktionen beim Pflanzenschutz. Agrana-Vorstand Norbert Harringer betonte: „Es ist das erste Rübenanbaujahr ohne die begrenzte Saatgut-Neonicotinoid-Beizung und trotz vorteilhaft-



tem Wetter haben wir in einigen Regionen Niederösterreichs Rübenflächenverluste aufgrund massiver Rüsselkäfer-Fraßschäden. Die geänderten Rahmenbedingungen für den Schutz der Rübenkultur verlangen nach neuen Lösungen, die den Rübenanbau in Österreich und die Versorgung mit heimischem Zucker nachhaltig sichern.“ Johannes Schmuckenschlager, Präsident der NÖ Landwirtschaftskammer, sieht eine gute Zusammenarbeit aller Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette als essenziell, um zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln. „Dort wo es gemeinsame Ziele gibt, kann auch vieles gelingen, wie zum Beispiel bei der Einführung von E10“, so Schmuckenschlager. Ernst Karpfinger, Präsident der Rübenbauern, fordert Maßnahmen seitens der EU-Kommission, um Neonicotinoide für die Zuckerrübensaatgutbehandlung zu erlauben, bis Alternativen dazu entwickelt sind.

Angesichts der stabilen Zuckermarktpreise auf hohem Niveau war man sich einig, dass auch 2024 sehr gute Rübenpreise erzielbar sind. red